

Die Republik der vielen Nationen und Religionen

Die polnisch-litauische Adelsrepublik war ein für das östliche Mitteleuropa der Frühen Neuzeit typischer Staat, der sich allerdings darin auszeichnete, daß er die Unterwerfungsversuche und den äußeren Druck seitens der benachbarten absoluten bzw. despotischen Monarchien am längsten unbeschadet überstand und am konsequentesten eine politische Ordnung herausbildete, die auf dem Prinzip der Freiheit beruhte. Die *Rzeczpospolita* garantierte nicht nur den Erhalt der Rechte des Adelsstandes, sondern auch Entwicklungsfreiheit für die zahlreichen unter ihrem Dach vereinigten Nationen sowie eine für ihre Zeit weitgehende religiöse Toleranz. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in den Königreichen Böhmen und Ungarn feststellen, wobei jedoch die Herrschaft der Habsburger bzw. die Unterwerfung eines beträchtlichen Teils Ungarns durch die Osmanen deren dauerhafte Umsetzung verhinderten. Erst unter den veränderten Bedingungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts griffen die Habsburger – sicherlich unbewußt – auf ähnliche Konzepte der Integration zurück.

In der Geschichtsschreibung des 19. und überwiegend auch des 20. Jahrhunderts zu ostmitteleuropäischen Themen fanden die betreffenden Konzepte wenig Anerkennung oder wurden gar nicht erst wahrgenommen, und zwar aus verschiedenen Gründen, die etwa mit der politischen Situation, den Teilungen Polens, oder mit dem erwachenden und sich entwickelnden Nationalismus zusammenhingen. Dies trifft auch auf die polnische Geschichtsschreibung zu. Lange Zeit stellte man sich kaum die Frage, welche verschiedenen Faktoren die Entwicklung der Kultur und des politischen und wirtschaftlichen Lebens beeinflußt haben. In der Zeit der Adelsrepublik bewirkte die Zugehörigkeit der überwiegenden Mehrheit der Historiographen zu eben dem adligen Stand, daß man die Geschichte der *Rzeczpospolita* als Geschichte Polens und der Polen wahrnahm, zumal der Adel in immer stärkerem Maße eine Polonisierung erfuhr. Auch in der Zeit der Teilungen Polens verhielt es sich ähnlich – als die Existenz der Nation auch kulturell bedroht war, entsprach diese Darstellungsweise dem Bedürfnis, nationale Werte aufrechtzuerhalten. Hinzu kam gegen Ende des 19. Jahrhunderts der anwachsende Nationalismus, dessen Ideologie auf die Überzeugung hinauslief, daß der Aufbau eines monoethnischen Staates die beste Antwort auf die Frage nach der Gestaltung der Staatlichkeit sei. Diese Überzeugung prägte auch die Art und Weise, in der Historiker, die an die nationalistischen Ideologien anknüpften, die Geschichte der Adelsrepublik darstellten. Nach dem Wie-

dergewinn der Unabhängigkeit, in der Zwischenkriegszeit, fehlte es jedoch nicht an aufgeklärteren Gelehrten, die – zu nennen sei hier beispielsweise Oskar Halecki – im Stande waren, föderale Ideen positiv zu bewerten und daher auch den multinationalen Charakter der alten Republik zu verdeutlichen. Außerdem sei angemerkt, daß sich sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert verhältnismäßig viele Historiker der Geschichte der diversen religiösen Gruppen und verschiedenen Nationen zuwandten, um deren gesellschaftliche und politische Grundlagen sowie die von ihnen geschaffene Kultur zu untersuchen. Dies spiegelte sich jedoch kaum in den synthetisch angelegten Werken wider.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in der kommunistischen Zeit, dominierte eine der nationalistischen Ideologie nahestehende Interpretationsweise. Diese ging nicht nur auf die von der marxistischen Propaganda und unter dem Druck Moskaus geübte generelle Kritik an der Adelsrepublik zurück, sondern auch auf die dramatischen, tiefgreifenden Veränderungen der Grenzen des polnischen Staates und des Charakters seiner Bevölkerung. Aufgrund der Aus- und Umsiedlungen verbreitete sich, tätig gefördert von den Behörden, die Überzeugung, daß die gesamte Bevölkerung unter nationalen Gesichtspunkten einheitlich sei. Dieser Glaube blieb nicht ohne Folgen für die weitere Entwicklung; er erleichterte die Akzeptanz der These einer Überlegenheit des national-einheitlichen gegenüber dem föderalen Staat und prägte die Vergangenheitsinterpretationen jener Historiker, die von marxistischen Positionen aus schrieben. Erst unter dem Einfluss der „ersten Solidarność“ in den Jahren 1980-1981 wurde der Anteil der verschiedenen Nationen an der Entwicklung Polens in der Neuzeit zur Sprache gebracht. Die Einstellung gegenüber den diversen im Staatsgebiet Polens angesiedelten Volksgruppen änderte sich. Man wurde sich nun dessen bewußt, daß eine neuer Blick auf die Vergangenheit der Republik Polen unerlässlich war, und diese Einsicht gewann nach dem Fall des kommunistischen Systems und dem Wiedergewinn der Unabhängigkeit noch an Stärke. Sichtbar wird dies besonders in jenen Synthesen zur Geschichte der Adelsrepublik in der Frühen Neuzeit, die in den letzten Jahren auf den Buchmarkt gekommen sind, so zum Beispiel in der kürzlich erschienenen Arbeit von Mariusz Markiewicz¹. Eine zentrale Rolle spielte hierbei das von Jerzy Kłoczowski in Lublin ins Leben gerufene Ostmitteleuropa-Institut (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej), das in Zusammenarbeit mit ukrainischen, weißrussischen und litauischen Historikern die Grundlagen für ein neues Bild von der gemeinsamen Vergangenheit dieser Nationen im polnisch-litauischen Unionsstaat gelegt hat.

Dabei geht es um nichts weniger als die Rekonstruktion der gemeinsamen Vergangenheit aller Ethnien, die in der Rzeczpospolita lebten bzw. Wirkungen und Einflüsse entfalteten. Sowohl im Adel als auch im Stadtbürgertum und unter der Bauernschaft – letztere genoß zwar keine politischen Befugnisse, war aber dennoch von kollektiven Werte getragen – bestanden heterogene ethnische und religiöse Gruppen.

¹ Mariusz Markiewicz, *Historia Polski [Geschichte Polens] 1492-1795*, Kraków 2004.

Einige von ihnen lebten in geschlossenen Siedlungsgebieten, andere waren verstreut. Doch alle diese Gruppen durchdrangen einander und wirkten wechselseitig aufeinander. Neben den Polen, die mit Sicherheit höchstens die Hälfte der Bevölkerung stellten, waren im Osten der Republik die – wie man seinerzeit sagte – Ruthenen zahlenmäßig stark, das heißt also die heutigen Ukrainer und Weißrussen; im Norden („Schemaitien“ bzw. „Samogitien“) lebten Litauer, in Westpreußen, dem damaligen Königlichen Preußen, sowie im westlichen Großpolen schließlich auch Deutsche. Unter den Angehörigen des Adels- und (städtischen) Bürgerstandes waren die Deutschen auch im polnischen Livland und, neben den ursprünglich dort siedelnden Letten, in Kurland zu finden. In Litauen und Podolien hatten seit dem Mittelalter tatarische Siedlungen Bestand, in den Karpaten lag das Weideland der Walachen. In den Städten waren Juden und Armenier zunehmend vertreten, in geringerer Zahl ferner Italiener, Schotten, Niederländer (die auch ein Teil des Ödlandes urbar machten), und im ganzen Land waren Zigeuner unterwegs. Diese Gruppen fühlten sich zumeist der Adelsrepublik fest verbunden. Im allgemeinen dominierte unter ihnen jenes Gefühl staatlicher Zugehörigkeit, das wir heute als polnische staatsbürgerliche Identität bezeichnen würden. Dies drückte sich nicht nur deklaratorisch etwa gegenüber den Monarchen aus, sondern auch im opferbereiten Mitwirken an der Verteidigung gegen die Angriffe der Schweden, Russen oder Türken. Beispiele lieferten mehrfach Gdańsk (Danzig) und Toruń (Thorn), aber auch die weißrussischen Stadtbürger und Bauern, die sich in den Jahren 1654-1656 gegen die Russen verteidigten, sowie die ukrainische Bevölkerung in den Türkenkriegen des 17. Jahrhunderts. Nicht alle dieser Gruppen lebten im Bewußtsein ihrer nationalen Eigenständigkeit (das mitunter durch religiöse Identität substituiert wurde), und auch denjenigen, denen diese Bevölkerungsgruppen unterstellt waren, war deren Identität nicht immer bewußt.

Nichtsdestoweniger bestanden Selbstverwaltungsinstitutionen, die zu einem verstärkten Gefühl nationaler (bzw. national-religiöser) Eigenständigkeit beitrugen und im weitesten Sinne die selbständige Entwicklung der jeweiligen Nationalitäten beförderten. Am umfassendsten wurden sie von der jüdischen Bevölkerung entwickelt.

Angefangen bei den Vorständen der jüdischen Gemeinden über die lokale Verwaltung, wie „Kehila“ und „Landschaften“, bis hin zur obersten Ebene der staatlichen Institutionen der Adelsrepublik, wo dem polnisch-litauischen Reichstag (*sejm*) ein förmlicher jüdischer „Reichstag (*sejm*) der vier Länder“ entsprach, war die jüdische Selbstverwaltung ausgeprägt. Eine eigenständige, von der Republik anerkannte Herrschaftsstruktur bauten ferner die Zaporoger Kosaken auf. Auch die Armenier und Karaim verwalteten ihre Angelegenheiten auf autonomer Basis. Weitgehende Möglichkeiten bot schließlich die Selbstverwaltung der Städte. Mitunter war der Zugang zu den städtischen Räten und Ämtern bestimmten nationalen oder religiösen Gruppen vorbehalten. So waren im Stadtrat von Lemberg (poln. Lwów, ukr. L'viv) Sitze zu gleichen Anteilen für Polen, Ruthenen und Armenier garantiert. Im Königlichen Preußen stellten vorwiegend Deutsche, d.h. Lutheraner die Magistrate der großen Städte, in manchen sogar ausschließlich. Da in dieser Provinz die Städte im Generallandtag (*sejmik generalny*) repräsentiert waren, hatte die deutsche Bevölkerung die

Garantie einer weitgehenden Selbständigkeit. Im Fürstentum Masowien hingegen existierte ein Niederlassungsverbot für alle Nichtkatholiken, welches nicht nur die städtische Selbstverwaltung, sondern auch den Adel band.

Politische Haltungen wurden in der hier besprochenen Zeit wesentlich stärker vom religiösen als vom nationalen Identitätsgefühl geleitet. Sowohl das Königreich Polen als auch das Großfürstentum Litauen waren bereits vor dem Abschluß der sie vereinigenden Union multireligiöse Staaten gewesen. In Polen existierte neben dem dominierenden Katholizismus seit der Einverleibung des Halicz-Herzogtums auch eine beträchtliche orthodoxe Bevölkerungsgruppe. Unter dem Schutz des Monarchen stand auch die damals noch kleine jüdische Gemeinschaft. Im litauischen Großfürstentum waren dabei, auch nachdem die Litauer bereits das Christentum angenommen hatten, orthodoxe Ruthenen zahlenmäßig immer noch bei weitem stärker als die katholische Bevölkerung. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurde im Königreich Polen der orthodoxe Adel mit dem katholischen hinsichtlich der Amtsfähigkeit sowie in der Vertretung auf dem Reichstag (*sejm*) und den Landtagen rechtlich gleichgestellt. Ähnliches geschah in Litauen im 16. Jahrhundert, als dort die entsprechenden parlamentarischen Körperschaften eingeführt wurden. Im Unterschied hierzu waren im Königlichen Rat, der sich mit der Zeit zum Senat institutionalisierte, ausschließlich römisch-katholische Diözesanbischöfe vertreten. Diese hatten auch als einzige Vertreter der Geistlichkeit das Recht, aktiv an den Zusammenkünften der Landtage teilzunehmen.

Der Umfang der Rechte, die die Orthodoxen im 15. Jahrhundert im Jagiellonenreich erhielten, und die geordneten Beziehungen zwischen katholischer und orthodoxer Kirche waren mit Blick auf die Grundlagen der späteren religiösen Toleranz von wesentlicher Bedeutung für die Adelsrepublik. Geringeres Gewicht kommt hierbei den übrigen Glaubensgemeinschaften zu, die beinahe ausnahmslos bei der nichtadligen Bevölkerung, vor allem im Stadtbürgertum, anzutreffen waren. Unter ihnen waren die Juden zahlenmäßig am stärksten, es gab aber auch Karäer (die eine modifizierte Version des Judentums vertraten), Moslems und armenische Christen, welche den Papst nicht anerkannten und ihren eigenen Patriarchen im Ausland hatten. Alle diese Religionen standen unter dem Schutz der polnischen und litauischen Herrscher, die ihnen Selbstverwaltung und Gesetzgebungsprivilegien garantierten. Sie verfügten über eigene, durch Privilegien abgesicherte kirchliche Organisationen, eigene Kultstätten, pflegten eigene Sitten und Gebräuche und vermieden Mischehen. Dies ermöglichte die Bewahrung einer deutlichen Eigenständigkeit gegenüber den Katholiken und Orthodoxen, ohne daß es zu Verfolgungen oder ernsthafteren Konflikten gekommen wäre. Im 16. Jahrhundert veränderte sich diese Vielfalt in der Einheit der Adelsrepublik in Folge der Reformation. Bereits in den zwanziger Jahren gab es in Preußen und Großpolen Lutheraner, vor allem unter den städtischen Bürgern. Mit der Zustimmung des polnischen Königs Zygmunt I. des „Alten“ (1506-1548) säkularisierte Albrecht von Brandenburg 1525 den in einem Lehnverhältnis zu Polen stehenden Staat des Deutschen Ordens. Auch Livland und insbesondere das Herzogtum Kurland und Semgallen entwickelten sich zu starken Zentren des Luthertums.

Mit Einverständnis König Zygmunt II. Augusts war das Herzogtum Kurland 1561 aus Teilen des Territoriums des unter Landmeister Gotthard Ketteler säkularisierten livländischen Zweigs des Deutschen Ordens gebildet worden. Schwächer blieb der lutherische Einfluß im westlichen Klempen und in Litauen. Im allgemeinen verbreitete er sich vor allem im Stadtbürgertum, und hier wiederum vor allem im deutschstämmigen. Im klempnischen und litauischen Adel bis hin zum Großadel fand hingegen der Calvinismus zahlreiche Anhänger. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde er zur stärksten reformierten Gemeinschaft in Polen und daher auch zu einem gewichtigen politischen Faktor. Die Calvinisten verfehlten jedoch ihr Ziel, die christlichen Kirchen in Polen in einer neuen Nationalkirche zu vereinen; lediglich die vom Kaiser ausgewiesenen Böhmisches Brüder konnten sie hierfür gewinnen. Stattdessen kam es innerhalb des Calvinismus zu einem Bruch: als *ecclesia minor* entstand die Gemeinschaft der Polnischen Brüder, der sogenannten Arianer. Ihre Ablehnung der Dreifaltigkeit (Antitrinitarismus) isolierte sie von den anerkannten christlichen Konfessionen. Dies zeigte sich bei der Synode von Sandomierz (1570), die von den Calvinisten gemeinsam mit den übrigen reformierten Kirchen organisiert wurde: die Arianer waren hier nicht zugelassen.

Die Reformation belebte das kulturelle Leben in großem Ausmaß. Überall wurden Bücher und Broschüren gedruckt, um den eigenen Glauben zu verteidigen. Das Niveau der Schulen verbesserte sich. Es entstanden exzellente Gymnasien unter der Führung von Lutheranern (Gdańsk/Danzig, Toruń/Thorn, Elbląg/Elbing), Calvinisten und Böhmisches Brüdern (Leszno/Lissa) sowie Polnischen Brüdern (Raków). Die Juden bauten ebenfalls eigene Schulen (etwa in Krakau), welche die jüdische Jugend aus ganz Europa anzogen. Auch das katholische Schulwesen entwickelte sich. Den für ihr gutes Angebot bekannten Jesuitenkollegs traten nicht nur Katholiken, sondern auch Protestanten bei. Das orthodoxe Schulwesen gelangte erst im 17. Jahrhundert auf höheres Niveau und erreichte mit der Mogila-Akademie in Kiew seinen Gipfelpunkt.

Die Aktivität der diversen auf die Reformation zurückgehenden Gemeinschaften führte schließlich, während des Interregnums nach dem Tod Zygmunt II. Augusts, zur Annahme eines Artikels, der Gewissensfreiheit garantierte. Der betreffende Artikel der 1573 abgeschlossenen Warschauer Konföderationsakte wurde zur Rechtsgrundlage der religiösen Toleranz, zu seiner Respektierung verpflichteten sich alle gewählten Könige noch vor ihrer Krönung. Die nichtkatholischen Adeligen führten bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts auf den Reichs- und Landtagen Sitz und Stimme und blieben auch für hohe Ämter zugelassen. Hingegen setzten in der katholischen Kirche bereits gegen Ende des 16. Jahrhunderts, unter dem Einfluss des Konzils von Trient und der missionarischen und pädagogischen Aktivität der Jesuiten, innere Veränderungen ein, die schließlich in den Kampf um die Wiedererlangung einer dominierenden Position mündeten. Der Erfolg dieser Bestrebungen beruhte auf der Unterstützung durch König Zygmunt III. Wasa, sowie auf der Rekatholisierung der Mehrheit des Adels, der mit weitgehenden politischen Rechten zufrieden gestellt wurde und sich zudem von der kirchlichen Justizhoheit emanzipieren konnte. Inner-

halb kurzer Zeit veränderten sich die Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften nachhaltig, ohne jedoch, wie etwa in zahlreichen anderen europäischen Ländern, Gewalt zu provozieren. Während es am Ausgang des 16. Jahrhunderts in Polen an die tausend Gemeinden gab, die mit der Reformation verbunden waren, sank deren Zahl ein halbes Jahrhundert später auf die Hälfte.

Die polnische katholische Kirche verzeichnete in der Auseinandersetzung mit den östlichen Kirchen – der Orthodoxen und der Armenischen – sichtlich Erfolge. Beunruhigend für die orthodoxe Kirche in Polen war die Errichtung eines Patriarchats in Moskau, das anschließend Ansprüche auf die bislang mit Konstantinopel verbundene kiew-halizische Metropole geltend machte. Angesichts dessen kam es im Jahr 1596 zum Abschluss der Union von Brest. Die orthodoxe Kirche in Polen sollte eine Reihe alter Rechte behalten (z.B. Gebrauch des Altkirchenslawischen in der Liturgie, Priesterehe), dafür aber das päpstliche Supremat anerkennen. Nach Absicht ihrer Initiatoren sollte diese Union die Beziehungen zwischen Orthodoxie und Katholizismus in Polen dauerhaft regeln. Jedoch bewirkten Konflikte innerhalb der orthodoxen Kirche, die Ambitionen des orthodoxen Großadels, weiterbestehende Ungleichheiten in den Rechten des unierten und römisch-katholischen Klerus, daß dieses grundlegende Ziel nicht erreicht wurde. Schließlich kam es zum endgültigen Bruch in der Ostkirche Polens: sie teilte sich in die traditionstreue Orthodoxie und die vom Papst anerkannten Griechisch-Katholischen. Der Versuch König Zygmunt III., den Orthodoxen das Recht auf die eigene kirchliche Organisation zu entziehen, schlug fehl, nachdem die Abgeordnetenversammlung des Reichstags (*izba poselska*) dem König entgegengetreten war. Schließlich richtete Władysław IV. die orthodoxe Metropole Kiew mit ihren Bischofssitzen wieder ein und garantierte den Orthodoxen Glaubensfreiheit. Bestätigt wurde dies vom Reichstag des Jahres 1635, der die Religionsfreiheit als eine der Grundlagen für das Bestehen der Adelsrepublik verteidigte.

Dies konnte indes die Situation nicht beruhigen. Unterstützung für die Orthodoxie und die Aufhebung der Union von Brest verlangten nun die Zaporoger Kosaken – ein Vorgang, der schließlich in den von Bogdan Chmielnicki geführten Aufstand umschlug. Mit ihm und seinen Nachfolgern schloß die Republik mehrere Vereinbarungen ab, in denen sie besondere Rechte für die Orthodoxie versprach, ohne dies jedoch einzulösen. Die russische Intervention des Jahres 1654 hingegen – gedacht als eine Art orthodoxer Kreuzzug – traf in Weißrußland auf keinerlei Unterstützung. Nach dem polnisch-russischen Krieg, als dessen Ergebnis die am stärksten orthodox geprägten Gebiete unter russische Herrschaft gelangten, fiel die Bedeutung der orthodoxen Kirche in Polen rasch auf ein Minimum. Im 18. Jahrhundert betrug die Zahl der Orthodoxen in Polen kaum mehr eine halbe Million.

Parallel dazu baute die griechisch-katholische Kirche ihre Position aus. Auch die bisher am engsten mit der Orthodoxie verbundenen Bischöfe optierten nun für sie. Die Zahl der Gläubigen stieg bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts auf 4,6 Millionen, fast ebensoviel, wie die Römisch-Katholische Kirche zählte. Aus diesem Grund richtete Rußland nach den Teilungen Polens seine religionspolitischen Anstrengungen so gezielt auf die Zerstörung der griechisch-katholischen Kirche. Ähnlich verfuhr im 20. Jahrhundert das Sowjetreich.

Gegen Ende der Regierungszeit von König Zygmunt III. Wasa begann auch ein Prozeß, der die armenische Kirche unter die Jurisdiktion des Papstes zurückführen sollte. Den Anfang machte der armenische Bischof von Lemberg mit der Anerkennung der päpstlichen Oberhoheit, die durch Rom in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts endgültig gebilligt wurde. Auf diesem Wege, durch die Etablierung des griechisch-katholischen sowie des armenisch-katholischen Ritus, kam es also im 17. Jahrhundert zu einer beträchtlichen Annäherung bzw. Vereinigung der lateinischen mit der östlichen Kirche. Dies geschah unter Wahrung des Prinzips der Religionsfreiheit als Ergebnis beiderseitiger Bemühungen. Die für Europa typische Tendenz zur religiösen Uniformität erreichte also auch Polen, wurde jedoch mit gänzlich anderen Methoden – ohne Gewaltanwendung – umgesetzt.

Ähnliche Versuche zur Vereinigung der reformierten Bekenntnisse blieben jedoch in Polen-Litauen ohne Erfolg. Dabei wurden sie schon ohne Berücksichtigung der Arianer unternommen, die sich Repressionsakten wie dem Reichstagsbeschluss zur Schließung der Akademie von Raków (1638) ausgesetzt sahen. Auch die fortwährenden schwedischen Angriffe gegen Polen schädeten der Situation der Protestanten. Obwohl während der sogenannten „Sintflut“ von 1655 nicht nur Protestanten, sondern auch Katholiken König Johann Kasimir verrieten, wurde dies nach dem Krieg vor allem ersteren vorgeworfen. Die späteren Reichstage beschlossen sukzessive Einschränkungen der Religionsfreiheit. Verboten wurde das Bekenntnis zum Arianismus, dessen Anhänger man vor die Wahl stellte, zum katholischen Glauben überzutreten oder das Land zu verlassen. Strenge Strafen drohten für den Abfall vom Katholizismus. Die schärfsten Repressionen trafen die Protestanten nach dem Großen Nordischen Krieg (1700-1721). Ihre Abgeordneten wurden aus dem Reichstag verbannt, Protestanten verwehrt man im Heer den Aufstieg in den Offiziersrang, Bau und Erhalt der Kirchen wurden erschwert, und schließlich schränkte der Reichstag von 1733 ihre politischen Rechte beträchtlich ein. Diese Maßregeln schwächten insbesondere den Calvinismus, weniger hingegen das Luthertum. Die Lutheraner konnten unter der deutschen städtischen Bürgerschaft im Königlichen Preußen, in Großpolen und Litauen weiterhin eine relativ starke Position behaupten, unbeschadet des harten Gerichtsurteils, das sie wegen der religiösen Unruhen in Toruń/Thorn 1724 hinnehmen mussten.

Die erwähnten Beschränkungen der Rechte der Nichtkatholiken wurden 1768 unter dem Druck Rußlands und Preußens aufgehoben. Beide Staaten, die ob ihrer religiösen Toleranz nicht gerade gerühmt wurden, bezweckten nichts weniger als die Obstruktion der in jener Zeit unter König Stanisław August Poniatowski eingeleiteten aufgeklärten Reformen, die den polnisch-litauischen Staat wieder aufzurichten vermocht hätten. Zu dieser Zeit machten die papsttreuen Anhänger des Katholizismus – also die Römisch-Katholischen, Griechisch-Katholischen und Armenier – zusammen über 75% der Bevölkerung Polens aus. Auf sie folgten die Juden, deren Zahl zu Beginn des 17. Jahrhundert noch etwa 100.000, anderthalb Jahrhunderte später aber bereits fast 750.000 betrug, was ca. 8% der Gesamtbevölkerung entsprach. Sie waren vor allem in den Städten der östlichen Provinzen ansässig. Allein dies legt ein beredtes Zeugnis von der in Polen nach wie vor herrschenden Toleranz ab.

Multinationalität und Multireligiosität bringen für die Regierenden eine besondere Verantwortung mit sich. Diese beruht auf der Toleranzpflicht gegenüber den „anderen“, die sich durch ethnische Herkunft oder religiöses Bekenntnis von der dominierenden Gruppe unterscheiden. Es steht außer Zweifel, daß der Adel der Republik Polen diese Prüfung bestanden hat. Er schuf einen Staat, in dem Vertreter verschiedener Nationalitäten und Anhänger verschiedener Religionen in einer Atmosphäre der Freiheit miteinander interagierten und gemeinsam zur Entwicklung der Wirtschaft, Kultur und des politischen Lebens beitrugen. Diese Tradition des polnisch-litauischen Staates sollte nicht nur in Polen selbst, sondern in ganz Europa wach gehalten werden.

Bibliographische Hinweise

- J. A. Gierowski, *O nowe ujęcie dziejów Rzeczypospolitej Polsko-Litewskiej*, Wrocław 1994, Acta Universitatis Wratislaviensis, Nr. 1636, 7-17.
- J. A. Gierowski, *The Polish-Lithuanian Commonwealth in the XVIII Century*, Kraków 1996.
- J. A. Gierowski, *Compromis durable et compromis inachevé: L'Union de Lublin et L'Union de Hadziacz*, in: Gaetano Platania, Hg., *Conflitti e compromessi nell'Europa di centro fra XVI e XX secolo*, Viterbo 2001, 53-67.
- J. A. Gierowski, *Chrześcijaństwo a Żydzi w pierwszej Rzeczypospolitej*, in: *Powszechny Zjazd Historyków Polskich*, Wrocław, 15-18 września 1999 roku. Pamiętniki, t. 3, cz. 1, Toruń 2002, 225-236.
- J. A. Gierowski, *Powstanie społeczeństwa obywatelskiego w pierwszej Rzeczypospolitej*, in: *Seminarium Polskiej Akademii Umiejętności 2002: Patriotyzm wczoraj i dziś*, Kraków 2003, 7-19.
- A. Jobert, *De Luther à Mohila. La Pologne dans la crise de la Chrétienté 1517-1648*, Paris 1974.
- A. Kaźmierczyk, A. K. Link-Lenczowski, M. Markiewicz, K. Matwijowski, Hg., *Rzeczpospolita wielu wyznań*, Kraków 2004.
- J. Kłoczowski, *Dzieje chrześcijaństwa polskiego*, Paris 1987.
- J. Kłoczowski, Hg., *Chrześcijaństwo w Polsce. Zarys przemian 966-1945*, Lublin 1992.
- J. Kłoczowski, Hg., *L'héritage historique de la Res Publica de Plusieurs Nations*, Lublin 2004.
- J. Kłoczowski, Hg., *Histoire de l'Europe du Centre-Est*, Bde. 1-2, Paris 2004.
- J. Kłoczowski, P. Kras, H. Łaszkiewicz, Hg., *Unia Lubelska i jej tradycje integracyjne w Europie Środkowo-Wschodniej*, Lublin 1999.
- J. Kłoczowski, P. Plisiecki, H. Łaszkiewicz, *The Borders and National Space in East-Central Europe. The Example of the Following Four Countries: Belarus, Lithuania, Poland and Ukraine*, Lublin 2000.
- W. Kołbuk, *Kościół wschodnie w Rzeczypospolitej około 1772 roku. Struktury administracyjne*, Lublin 1998.
- W. Kriegerseisen, *Ewangelicy polscy i litewscy w epoce saskiej (1696-1763). Sytuacja prawna, organizacja i stosunki międzywyznaniowe*, Warszawa 1996.
- A. K. Link-Lenczowski, M. Markiewicz, Hg., *Rzeczpospolita wielu narodów i jej tradycje*, Kraków 1999.
- A. K. Link-Lenczowski, T. Polański, Hg., *Żydzi w dawnej Rzeczypospolitej*, Kraków 1991.

- S. Litak, *Od Reformacji do Oświecenia. Kościół katolicki w Polsce nowożytnej*, Lublin 1994.
- S. Litak, *Kościół łaciński w Rzeczypospolitej około 1772 roku. Struktury administracyjne*, Lublin 1996.
- M. Markiewicz, *Historia Polski 1492-1795*, Kraków 2004.
- A. Mironowicz, *Prawosławie i unia za panowania Jana Kazimierza*, Białystok 1997.
- A. Mironowicz, *Kościół prawosławny w dawnej Rzeczypospolitej*, Białystok 2001.
- A. A. Miśkiewicz, J. Kamocki, *Tatarzy Słowiańszczyzną obłąskawieni*, Kraków 2004.
- J. Staszewski, „Jak Polskę przemienić w kraj kwitnący...”. *Szkice i studia z czasów saskich*, Olsztyn 1997.
- A. Sulima-Kamiński, *Republic vs Autocracy, Poland-Lituanina and Russia 1686-1697*, Cambridge, Mass. 1993.
- J. Tazbir, *Szlachta i jej teologowie*, Warszawa 1987.
- D. Tollet, *Historia Żydów w Polsce od XVI wieku do rozbiorów*, Warszawa 1999.
- P. S. Wandycz, *The Price of Freedom. A History of East Central Europe from the Middle Ages to the Present*, London – New York 1992.
- S. Wilk, Hg., *Chrześcijaństwo w dialogu kultur na ziemiach polskich*, Lublin 2003.
- K. Zernack, *Polen und Russland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte*, Frankfurt am Main 1994.

